

Petition an den Vorarlberger Landtag

Einschaltung des Kontrollausschusses zur Überprüfung des Bauvorhabens „Stadtunnel Feldkirch“ (Prüfung auf Rechtmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit)

Die unterzeichnenden Organisationen, Initiativen und Vereine ersuchen den Vorarlberger Landtag, den Kontrollausschuss mit einer umfassenden Prüfung des Bauvorhabens „Stadtunnel Feldkirch“ zu befassen.

Im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben stellen sich aus Sicht der Unterzeichnenden mehrere wirtschaftliche und rechtliche Fragen, die einer vertieften parlamentarischen Prüfung bedürfen.

Rechtmäßigkeit

- Nach öffentlich zugänglichen Informationen lagen zum Zeitpunkt des Baubeginns nicht sämtliche erforderlichen Eigentums- bzw. Baurechte vor. Insbesondere wurde für den sogenannten Tostner Ast im September 2025 mit Enteignungsverhandlungen begonnen. Im UVP-Bescheid vom 15.7.2015 wird jedoch ausdrücklich das Vorliegen aller dinglichen Rechte vor Baubeginn verlangt.
- Im Aufhebungsbescheid der Vorarlberger Landesregierung vom 10.11.2025 (Ib-314-2013/0001-2096, Seite 18) wird eine neuerliche Begutachtung der akustischen Belastung der Anrainerinnen und Anrainer linksseitig der III gefordert. Es stellt sich die Frage, ob diese Begutachtung vollständig vorliegt und in die weiteren Bauentscheidungen eingeflossen ist.
- Unklar ist, ob das im Jahr 2022 errichtete Blockheizkraftwerk auf der rechten Illseite die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheits- und Mindestabstände zur neu errichteten Bahntrasse einhält und ob sämtliche erforderlichen bahnrechtlichen Genehmigungen vorliegen.
- Die Grundstücke GST-NR 454/2 (Feldkirch), 3474/2 und 3490/2 (beide Göfis) sind im UVP-Bescheid nicht als in Anspruch zu nehmende Flächen ausgewiesen. Dennoch wurden Rodungsmaßnahmen und bauliche Eingriffe gesetzt. In diesem Zusammenhang wurde auf den Begriff einer „projektummantelnden Hülle“ Bezug genommen, der in der einschlägigen juristischen Literatur nicht verankert ist. Hier besteht aus Sicht der Unterzeichnenden erheblicher Klärungsbedarf.

Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Die Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Projekts wirft ebenfalls Fragen auf:

- In der Wissenschaft herrscht weitgehender Konsens darüber, dass in einem Land mit einem gut ausgebauten Straßennetz wie Österreich der Bau neuer Straßen keinen nennenswerten volkswirtschaftlichen Nutzen bringt. Die induzierte Nachfrage führt zu noch mehr Verkehr, neue Straßen bringen keine Entlastung. Der ökologische Nachteil durch Bodenversiegelung und Treibhausgas-Emissionen wächst hingegen um ein Vielfaches.
- Die Erhaltung der Verkehrsinfrastruktur wird laut Forschung in den kommenden Jahren und Jahrzehnten auch durch Hitze, Starkregen und andere Extremwetterereignisse schwieriger, aufwändiger und teurer. Jeder Kilometer, um den unser im internationalen Vergleich ohnehin schon sehr langes Straßennetz zusätzlich verlängert wird, verschärft die wirtschaftliche Problematik.
- Erfahrungen aus vergleichbaren Infrastrukturprojekten, etwa dem Achraintunnel, zeigen, dass erhebliche Kostensteigerungen gegenüber ursprünglichen Kostenschätzungen möglich sind. Vor diesem Hintergrund erscheint eine erneute Prüfung der Kostenannahmen und -risiken beim Stadtunnel Feldkirch geboten.
- Nach öffentlich bekannten Angaben wurden bereits beträchtliche Mittel für externe Rechtsberatung und -vertretung aufgewendet. Es stellt sich die Frage nach der Notwendigkeit dieser Ausgaben sowie nach möglichen Alternativen durch Nutzung vorhandener Expertise im Amt der Vorarlberger Landesregierung.

Aufgrund der angespannten Budgetsituation stellt die Vorarlberger Landesregierung so gut wie alle - im Vergleich kostengünstigen - Radweg Projekte zurück oder sagt sie gleich ganz ab. Vor dem Hintergrund, dass das Land Vorarlberg derzeit in zentralen Bereichen des Sozial- und Gesundheitswesens erhebliche Einsparungsmaßnahmen umsetzt, die in der Bevölkerung bereits zu spürbarem Unmut geführt haben, erscheint eine besonders sorgfältige Abwägung der Mittelverwendung geboten. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Priorisierung eines kostenintensiven Infrastrukturprojekts gegenüber Investitionen in soziale und gesundheitliche Aufgaben sachlich gerechtfertigt ist.

Die Unterzeichnenden regen an, im Rahmen der Prüfung auch die Expertise des Landesrechnungshofes insbesondere in Fragen der Wirtschaftlichkeit und Finanzierung heranzuziehen.

Zweckmäßigkeit

Hinsichtlich der Zweckmäßigkeit des Projekts bestehen aus Sicht der Unterzeichnenden offene Fragen:

- Die von den Projektbetreibern angegebene durchschnittliche Zeitersparnis von rund vier Minuten steht in keiner Relation zu den ökonomischen und ökologischen Kosten des Projekts. Die geplanten Geschwindigkeitsbeschränkungen im Tunnel sowie die zu erwartenden Verkehrsverlagerungen und Staubildungen im Bereich der Portalzonen und den angrenzenden Verkehrsknoten müssen gleichfalls in Relation zur errechneten Zeitersparnis gesehen werden.
- Laut Stellungnahme von Landesrat Bitschi ist insbesondere für den Ortsteil Tosters sowie angrenzende Verkehrsachsen mit Mehrverkehr zu rechnen. Die Auswirkungen auf Lebensqualität und Verkehrssicherheit sollten daher vertieft geprüft werden. „Für Tosters, auf der L190 zwischen dem künftigen Portal Felsenau und der A14 und auf der A14 ist mit Mehrverkehr zu rechnen.“ (Fragen an Landesstatthalter Bitschi, Beantwortung am 9.9.2025).
- Frühere Verkehrsberechnungen zeigen, dass unterschiedliche Tunnelvarianten lediglich begrenzte Unterschiede in der Verkehrsreduktion bewirken. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Nutzen und Aufwand nochmals.
- Die langfristige Zielsetzung einer Verlagerung des internationalen Schwerverkehrs auf die Schiene sowie die im Regierungsprogramm 2019 vereinbarte Südumfahrung Feldkirch per Bahn sollten im Rahmen der Zweckmäßigkeitsprüfung angemessen berücksichtigt werden.

Die Unterzeichnenden verstehen diese Petition nicht als Ablehnung von Entwicklung oder Infrastruktur per se, sondern als Beitrag zu einer transparenten, faktenbasierten und verantwortungsvollen Entscheidungsfindung im Interesse einer zukunftsorientierten und auch wirtschaftlich nachhaltigen Landes- und Gemeindeentwicklung.

Für die Initiativen

- Naturschutzbund Vorarlberg (Hildegard Breiner)
- Mobilitätswendewende- JETZT (Karlheinz Zeiner)
- KlimAVOR (Christof Drexel)
- Radlobby (Veronika Rüdisser)
- Alpenschutzverein (Erich Zucalli)
- transform (Andreas Postner)
- Parents for Future Vorarlberg (Babette Hebenstreit)
- Bodenfreiheit (Martin Strele)

- Erspart uns die Tunnelspinne (Manfred Sutter)

Bregenz, 28.1. 2026

Für den Inhalt verantwortlich: Alice Hagen-Canaval

Staldenstr. 30 a, 6890 Lustenau (alice.hagen-canaval@outlook.com)